

Cloud Computing

Die Idee von einer einheitlichen Verwaltung

[21.01.2022] Cloud-Technologien bergen die Chance, zu mehr Standards und Einheitlichkeit in der IT zu gelangen. Eine Web-Veranstaltung im Kontext des Zukunftskongresses widmete sich den Aussichten eines „cloudifizierten Staates“.

Einer der Gründe, warum die Digitalisierung nur stockend vorankommt, ist das ungeklärte Verhältnis zur Cloud-Technologie. Während es in Frankreich eine Doktrin zur Cloudifizierung von Staat und Verwaltung gebe, herrschte hierzulande lange Zeit ein Negativszenario vor. Hierauf machte Marc Reinhardt aufmerksam, Vizepräsident Public Sector beim Beratungsunternehmen Capgemini. „Cloud passt nicht zur Verwaltung“, fasste Reinhardt die Mentalität zusammen. Vielleicht passt es ja im Jahr 2030? Diese Perspektive wurde bei einer digitalen Veranstaltung des Zukunftskongresses eingenommen, frei nach dem Motto „Zurück aus der Zukunft 2030“.

Als Sterndeuter trat Peter Parycek auf, Leiter des Kompetenzzentrums ÖFIT bei Fraunhofer FOKUS, und entdeckte in seiner Glaskugel für 2030 allerlei Erstaunliches. Unter anderem eine deutsche CO₂-Neutralität von 90 Prozent und Platz Sieben im „World Happiness Index“. Die Verwaltung habe bis dahin große IT-Kapazitäten aufgebaut, an Reaktionsgeschwindigkeit zugenommen und setze „crossfunktionale Lösungsteams“ auf ihrem Weg zu einer „adaptiven wirksamen Verwaltung“ ein. Technologische Grundlage dafür seien eine souveräne Multicloud in enger Kooperation der öffentlichen Rechenzentren mit der Wirtschaft und hinzugewonnene Kompetenzen für schnelle, einfache, selbstentwickelte Lösungen nach den Maßgaben von Low-Code. Die bisher langwierigen Entscheidungsprozesse in den Querschnittsressorts der Politik könnten durch eine verfahrensrechtliche Verschiebung vom Einvernehmen zum Benehmen überwunden werden. Mit anderen Worten: durch mehr Souveränität und Zuständigkeit an den richtigen Stellen.

Verwaltungshandeln künftig so einfach wie eine Internet-Bestellung

Derart positive Prognostik stieß bei den teilnehmenden Politikern auf große Zustimmung. Daniela Kluckert, Staatssekretärin im neuen Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), stimmte darin überein, dass Verwaltungshandeln künftig „so einfach wie eine Bestellung bei Lieferando“ sein und mit dem Once-Only-Prinzip die Papier-Vorherrschaft überwunden werden müsse. Maik Außendorf, Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen und im früheren Leben IT-Unternehmer und -Berater im Open-Source-Umfeld, sprach sich für eine agile Verwaltung und eine souveräne Multicloud-Strategie auf der Basis von Open Source aus: „Gerade wenn wir eigene Software entwickeln, die von Kommunen übernommen werden sollen, ist das genau der richtige Weg.“ Auch der Notwendigkeit einer „Cloud only“-Entscheidung – für Peter Parycek Voraussetzung für die Kooperation und Spezialisierung der beteiligten Rechenzentren – konnte sich Außendorf anschließen.

Alfred Kranstedt, Direktor des Informationstechnikzentrums Bund, gab sich überzeugt, dass „eine Form der Zentralisierung notwendig ist, um die großen Cloud-Plattformen aufzubauen“. Da sowohl Technikkonzepte und Industrieprodukte längst vorlägen als auch eine große Motivation unter den Mitarbeitern der Verwaltung vorherrsche, spräche nichts gegen eine zügige Umsetzung. „Wir müssen raus aus der Diskussion und rein ins Tun“, so Kranstedt, „und mit dem Aufbau und der Transformation beginnen“. Ein Ruf nach Zentralisierung aus dem Mund eines Vertreters des Bundes ist vielleicht weniger überraschend als von der kommunalen Seite. Doch auch Johann Bizer, Vorstand bei Dataport, hatte gegen eine

Zentralisierung wenig einzuwenden: „Wir müssen uns im Föderalismus darüber klar werden, dass wir immer dann schneller in die Digitalisierung kommen, wenn wir in Prozessen und Organisationen einheitlich vorgehen.“ Ineffizient sei es beispielsweise, jedem Schulträger zu erlauben, eine eigene Bildungsplattform zu bauen, stattdessen solle „wenigstens landesweit“ oder besser noch national eine einheitliche Bildungscloud mit zentralen Services entstehen. Bizer nannte dies eine „erfolgreiche föderale IT-Kooperation“ und kam später noch auf das Einer-für-Alle-Prinzip des IT-Planungsrats zu sprechen, in dem die „Idee einer einheitlichen Verwaltung“ zu erkennen sei.

Konkrete Realisierung der Multicloud

Weniger Einvernehmlichkeit zeigte sich indessen bei der Frage, wie eine Multi- oder Verwaltungscloud – handelt es sich hierbei eigentlich noch um dasselbe Projekt? – konkret realisiert werden kann. Für den Bund, dies führte Alfred Kranstedt aus, ist ein Mehrsäulenansatz, der auch etwa auf Microsofts Azure-Technologie beruht, denkbar und sogar realistisch: „Der Aufbau einer großen nationalen Verwaltungscloud geht nur mit großen Anbietern zusammen.“ Kranstedt deutete an, dass Instanzen der Hyperscaler-Clouds für die Verwaltung „nach deutschem Recht und unter deutschen Sicherheitsvorgaben“ bereitgestellt werden könnten. Für Länder und Kommunen scheint dies jedoch noch nicht ausgemacht. Zumindest forderte Johann Bizer, für den der Souveränitätsgedanke immer auch eine geopolitische Dimension hat, die „Ankündigungen der Industrie kritisch zu prüfen“. So müsse etwa das Thema Portabilität, das heißt die Verwendbarkeit derselben Software in verschiedenen Cloud-Umgebungen, ein zentrales Anliegen bleiben. Aus diesem Grund hielt er an der Idee einer nationalen Verwaltungscloud auf der Basis von Open Source fest.

()

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Cloud Computing, Wegweiser, ZUKO365-DIGITAL, Zukunftskongress